

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Riesfaer, Riesa, Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißenhofs bestimmes Blatt.

Postfachamt Riesa, Postfach Nr. 22.

Nr. 266.

Freitag, 15. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Werbefläche (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Achtung: Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten - hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zwei Minister.

Der neue Reichsaussenminister und der neue Reichswirtschaftsminister, beides gleichzeitig Mitglieder und Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, beide von der Partei empfohlen, haben gestern die Presse versammelt gehabt, um von vornherein in gutem Einvernehmen mit der Presse zu leben und sofort über ihre Absichten und Ansichten zu berichten. Ob beide eine gute Presse haben werden, hängt aber von ihren späteren Arbeiten ab, denn wenn sie auch gewisse Richtlinien für ihre Tätigkeit aufstellen, so werden sie doch noch zu beweisen haben, ob sie ihre Ziele konsequent verfolgen können.

Was den Reichsaussenminister Dr. Curtius anlangt, so ist er ein Fremder. Er hat außerdem in allen Parteien Sympathie. In den internationalen Kreisen sagt man, er sei nicht „so belastet“ wie Stresemann. Und doch will der Außenminister das Programm, das Stresemann vorgezeichnet hat, weiter verfolgen. Seine Aufgaben liegen eigentlich so klar, daß er sie nicht extra zu zeigen braucht. Die Young-Konferenz liegt in seiner Aufgabe. Im engen Zusammenhang mit der Beendigung dieser von Stresemann eingeleiteten Aufgabe hat er auch zunächst die von Stresemann eingeleitete Rheinlandräumung zu bewachen und gegen Verzögerungen auf der Hut zu sein. Des Weiteren ist eine noch weiter zu bauende Aufgabe die Befreiung der Saarlande. Da zunächst diese Punkte die deutsche Außenpolitik beeinflussen müssen, ergibt sich aus der Natur der Sache. Curtius ist nun in allen diesen Fragen kein Neuling, da er an der Seite Stresemanns stand und als Reichswirtschaftsminister engen und regen Anteil an der Entwicklung dieser Probleme nahm. Ja, man muß sagen, daß eigentlich die Kombination, daß diese beiden Ministerien, das Außenministerium und Wirtschaftsministerium, von zwei Volksparteilern besetzt sind, viel für sich hat, denn die Männer, deren Ressorts sich manchmal nicht eng umgrenzen lassen und deren Tätigkeit sie immer wieder zusammenführen muß, werden wahrscheinlich erst rechtlich tätig sein können, als wenn ein Parteimann anderer Couleur mitreden hätte. Dabei muß die Frage aufkommen, ob nicht vielleicht als dritter im Bunde auch das Finanzministerium von einem Volksparteiler - praktischerweise - verwaltet werden müßte. Denn auch die Interessen des Finanzministers stoßen sich an den Grenzen dieser Ressorts.

Aus diesem Grunde kann auch der neue Wirtschaftsminister heute noch nicht Richtlinien geben, die ein für alle mal bindend sind, denn er wird, was er sehr wohl erkennt, auf der einen Seite von den Erfolgen der Außenpolitik, auf der anderen von der Gestaltung der Finanzpolitik abhängig sein. Das Molkenhauer aber den ersten Willen hat, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die zur Belebung der deutschen Wirtschaft und damit zu einer besseren Gestaltung der deutschen Verhältnisse überhaupt führen muß, ist selbstverständlich. An der Belebung der deutschen Wirtschaft heißt Verantwortung für größere Wohlstand, heißt demnach, so sagte der Minister, Verträge mit dem Ausland zu erreichen, die Deutschland Lebens- und Abgabemöglichkeiten geben. In der Durchführung des Youngplanes sehen beide Minister den Anfang einer neuen Ära. Sie haben aber noch weiter zu sichten und die Wege für die gesunde deutsche Entwicklung frei zu machen. Nicht die Handelsverträge allein sind es, sondern eine taktvolle Anpassung an die Weltentwicklung. Wenn beide Minister nach dem Oben weisen, da hier noch viel zu tun ist, so wird man das verstehen, denn sie können ihr Augenmerk nicht allein nach dem Oben richten. Aber das, was sie schaffen wollen und schaffen sollen, ist ein Programm auf lange Sicht. Es fragt sich daher, ob die Regierung so lange stabil bleibt, daß beide Minister in ihren Kreisläufen entwickeln können. Dazu gehört, daß das Vertrauen, das sie heute genießen, erhalten bleibt. Den Mut, sich durchzusetzen, haben beide. Insofern ist manches, was sie privat, als eigene Meinung, sagten, vielleicht hindeutend darauf, daß sie an ihren Erfolg und ihre Arbeit glauben. Unbedingt hat es Curtius leichter als Stresemann, denn er kann angelegene Fäden weiter knüpfen, er kann begonnene Aufgaben weiterführen. Er kann vollenden, wenn sich auch wie bisher noch viele Schwierigkeiten anhäufen dürften. Das mit vielen Konferenzen zu rechnen ist, weiß am besten der Reichswirtschaftsminister. Die wichtigste, die er wahrnehmen muß, wird die Weltwirtschaftskonferenz sein, die nun schon so lange Anregung empfangen hat und deren Beginn immer weiter hinausgeschoben wird. Von dieser Konferenz aus könnte indessen eine Befreiung seiner Arbeiten ausgehen. Er hat ja nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft innerhalb der Grenzen zu beachten, sondern muß versuchen, die großen Pläne durchzuführen, daß die schwere Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtert werden findet. Er wird besonders in seinen Weltwirtschaftsaufgaben ein Kompromittler sein müssen. Eine Eigenschaft, die er mitbringen, dazu eine eingehende Kenntnis der Wirtschaft überhaupt. Man darf sagen, daß er Fachmann auf seinem Gebiete ist, während Curtius sich erst einfinden muß und Diplomat lernen muß. Stresemann sagte von ihm, er habe sich als geschickter Unterhändler gezeigt und sei verschiedentlich in die Presse gedrungen und habe viele gute Ratsschläge gegeben. Diplomatie eines Außenministers beruht ja auch in der Hauptache auf einer leichten Anpassungsfähigkeit, die ihr Ziel verfolgt; wenn nicht anders, auf Umwegen. Stresemann verstand das glänzend. Curtius neigt mehr dazu, den geraden und offenen Weg zu wählen. Vielleicht ist er in dem letzten Stadium der Entwicklung qualitativ.

Goetschs Unterredung mit dem franz. Ministerpräsidenten Saar-Debatte im Pariser Kammer-Ausschuß.

Paris, 14. November. „Echo de Paris“ kündigt an, Lardieu habe die Absicht, sowohl an der zweiten Saarger-Konferenz wie auch an der Vorkonferenz teilzunehmen.

Ueber die Unterredungen des deutschen Vizekonsuls von Goetsch mit dem Ministerpräsidenten Lardieu berichtet die Pariser Presse:

Der Ministerpräsident hat dem Vertreter Deutschlands die Versicherung gegeben, daß die französische Regierung sich bemühen werde, die Räumung der dritten Zone in den ersten sechs Monaten des nächsten Jahres durchzuführen. Dem guten Willen Frankreichs müsse aber in diesem Falle auch der gute Wille Deutschlands entgegenkommen, das heißt, die Ratifizierung und Inangastsetzung des Youngplans müsse bis 1. März erfolgen. Zwei Zeitungen („Journal“ und „Excelsior“) fügen noch einige Bemerkungen hinzu, die als die persönliche Auffassung der Berichterstatter zu betrachten sind. Beide Zeitungen unterziehen die Frage, ob die zweite Saarger Konferenz früh genug einberufen werden kann, um die rechtzeitige Räumung zu ermöglichen, und ob es nicht besser wäre, mit der Konferenz bis zur Entscheidung über das deutsche Volksabgehehen zu warten. Darauf ist zu erwidern, daß der Volksentscheid eine innerpolitische Angelegenheit Deutschlands ist, die mit internationalen Verhandlungen in keinerlei Verbindung gebracht werden darf. Eine Verzögerung der Saarger Konferenz aus diesem Grunde würde nur der nationalistischen Propaganda in Deutschland nützen. Eine solche Verzögerung entspricht im übrigen, wie erklärt werden darf, in keinem Falle den Wünschen und Absichten der französischen Regierung.

Die Berichte der Pariser Zeitungen über die Unterredung des Vizekonsuls von Goetsch mit Lardieu sind zum größten Teil Kombinationen. Man kann annehmen, daß in der sehr langen Unterredung die Frage der Räumung nur ganz gelegentlich erwähnt worden ist, weil über diese

Frage mit dem Außenminister Briand bereits alles besprochen wurde und weil Briand und Lardieu in dieser Frage vollkommen der gleichen Meinung sind. Die Auffassung der französischen Regierung deutet sich ungefähr mit den Andeutungen der Pariser Presse. Auf die schnelle Inangastsetzung des Youngplans wird die schnelle Räumung folgen. Alles dies war bekannt und braucht nicht noch einmal ausgesprochen zu werden. Der allgemeine Eindruck der Unterredung ist, daß über die Fortführung der Verhandlungen politisch die führenden Männer der Regierung Lardieu-Briand einig sind, und daß in dieser Beziehung auch von den anderen Mitgliedern des Kabinetts Lardieu keine großen Schwierigkeiten zu erwarten sind. Ueber den Zeitpunkt der zweiten Saarger Konferenz ist bestimmt noch nicht vereinbart worden. Deutschland hat den Wunsch, daß diese Konferenz sobald wie möglich beginnen soll.

Im Auswärtigen Ausschuss der Kammer gab es gestern eine Diskussion über die Saargerfrage. Der Abgeordnete Guernut, der für die Liga für Menschenrechte eine Untersuchung im Saargebiet veranlaßte, erklärte, es wäre für Frankreich vorteilhaft, schon jetzt mit Deutschland über die Verlängerung und Erneuerung des jetzt bestehenden Zollabkommens für das Saargebiet zu verhandeln. Als Gegenleistung für die Zugeständnisse Deutschlands müsse das Saargebiet bereits nach dem Abschluß dieser Verhandlungen wieder an Deutschland zurückgegeben werden. Diefem Antrage widersprach Franklin-Bouillon, der den Standpunkt vertrat, daß es für Frankreich vorteilhafter wäre, die Volksabstimmung im Jahre 1935 abzuwarten. Eingegen unterhielten die elassischen Abgeordneten Grumbach und Fren den Antrag Guernut. Jean Boy regte am Schluß der Sitzung an, Briand und Lardieu um Aufklärungen über die Räumung der dritten Zone zu ersuchen. Der Ausschuss will dieser Anregung Folge geben.

Silberding „enthüllt“.

qu. Berlin. Der Reichsfinanzminister stand bisher auf dem Standpunkt, daß er über seine Pläne erst sprechen könne, wenn der Youngplan angenommen sei. Inzwischen hat der Finanzminister darauf, daß man faktisch ja bereits mit dem Youngplan zu rechnen habe, weil er unabänderlich sei und jetzt nur technische Fragen noch zur Erledigung stehen, dahin geführt, daß Silberding zu den Parteiführern offener gesprochen hat. Zunächst mußte er zugeben, daß die Bearbeitungen sämtlich noch in der Schwebe sind. Das wird man verstehen können, wenn man den Fragenkomplex beachtet, der durch die große Reform berührt wird. Der Reichsfinanzminister hat indessen sich bereit erklärt, sobald als möglich, das fertige Programm vorzulegen, also nicht bis zur Verabschiedung des Youngplans zu warten. Andererseits gab er zu verstehen, daß mindestens 15 neue Gesetze geschaffen werden müssen. Das ist schon eine große Arbeit. Aber es wird nicht bei diesen 15 neuen Gesetzen bleiben, es müssen daneben viele Ergänzungen geschaffen werden und mehrere dieser Gesetze geben wieder andere nach sich. Die Hauptaufgabe kann man aber vielleicht mit 15 Gesetzen umschreiben. Wichtig ist, daß Silberding noch immer auf dem Standpunkt steht, daß das Reformprogramm den Zeitraum von 5 Jahren umfassen müsse. Es wird Aufgabe der Parteien sein, zu prüfen, ob diese lange Entwicklungszeit notwendig ist. Denn heute liegen die Verhältnisse so, daß Deutschland mit bestimmten Ausgaben zu rechnen hat. Es können keine neuen Ueberassungen kommen. Deshalb muß die Möglichkeit bestehen, die Ausgaben ebenso stabil zu gestalten. Und wenn Ausgaben und Einnahmen sich bereits im ersten Jahre ausgleichen lassen, so ist eine lange Ueberassungszeit nicht angebracht.

Wie wir hören, beabsichtigen die Führer der Koalitionsparteien, ehe das Programm des Finanzministers der Öffentlichkeit vorgelegt wird, in die Beratung der einzelnen Gesetzentwürfe einzutreten, um möglichst schon vor der öffentlichen Debatte Kompromissmöglichkeiten zu suchen und Veränderungen herbeizuführen, die eine schnellere Beratung zulassen und Konflikte beseitigen helfen.

Graf Beckers zur Wahl des 22. Dezember.

Berlin. (Tel.) Graf Becker teilt folgendes mit: Die amtliche Erklärung, wonach der 22. Dezember Wahltag für den Volksentscheid sein soll, nimmt zur Begründung dieser Festlegung auf mich Bezug. Das ist falsch. Ich habe im Reichstag namens der Fraktion und später in der Reichstagskammer lediglich gefordert, daß die Volksabstimmung stattfinden müsse, bevor Regierung und Reichstag ihre Entscheidungen über die Annahme des Pariser Planes trafen. Dabei habe ich darauf hingewiesen, daß, nachdem die verfassungsmäßig letzte Instanz der Festlegung angelufen sei, ihre Entscheidung abgewartet werden müsse. Den 22. Dezember habe ich niemals als möglichen Abstimmungsstermin bezeichnet. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, läßt sich die von mir ausgesprochene grundsätzliche Forderung ohne jede Schwierigkeit erfüllen.

wenn die Volksabstimmung nicht vor Mitte Januar angelegt wird, daß nach dem Stand der Verhandlungen die Vorlage über den Plan den Reichstag schwerlich vor Ende Januar beschäftigen kann.

Reichstags-Beschlüsse.

qu. Berlin. Der Reichstag genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag nachmittag den Beschlüssen über das internationale Uebereinkommen zur Bekämpfung von Schiffsteuern und stimmte weiter einem Beschlusse zu, der das Genossenschaftsgesetz ändert und ergänzt. Es handelt sich dabei um Erleichterung der Verschmelzung von Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden. Angenommen wurde weiter eine Verordnung über die Bekanntmachungspflicht öffentlich-rechtlicher Kreditankalten. Durch diese Verordnung wird die Publizität der Bekanntmachungen von Wandelbrieffen und Kommunalobligationen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten entsprechend einem Wunsch des Reichstags und entsprechend dem Verlangen aus Wirtschaftskreisen geregelt.

Der Abmarsch der Engländer aus Wiesbaden, aber 103 Wohnungen neu beschlagnahmt.

Wiesbaden. (Telunion.) Seit dem 18. Oktober sind keine weitere englische Truppen abmarschiert. In der Zwischenzeit kündete nur das Donnern der Munitionsexplosionen an, daß in den Vorbereitungen zum Abmarsch kein Stillstand eingetreten war. Von Donnerstag ab begannen wieder einige Truppenteile, wie die Fernsprechanstalt, der Train, die Bioniers und auch Infanterietruppen nach England zurückzukehren. 180 Wohnungen sind bisher freigegeben worden, sowie das Stollerrings-Hospital und die jahnärztliche Klinik.

Wie mitgeteilt wird, wird das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete schon am 25. November und nicht erst, wie es zuerst hieß, am 1. Dezember nach Wiesbaden überföhren. Der genaue Zeitpunkt für das Eintreffen der Rheinlandskommission ist noch nicht bekannt, doch dürfte sie wohl bis zum 20. d. Mts. umgezogen sein. Sie hat für ihre Zwecke außer dem Hotel Wilhelm 10 Villen, 103 Wohnungen und einige Garagen beschlagnahmt lassen.

Amerika ermüdet seine Steuern.

London. (Tel.) Der amerikanische Schatzsekretär Mellon kündigt für den nächsten Tagungsabschnitt des Kongresses eine Herabsetzung der Einkommen- und Gesellschaftsteuer auf Grund des sehr günstigen Standes der Staatsfinanzen an. Da auch die Vorausschlüsse für 1930 und 31 in jeder Hinsicht befriedigend seien, steht Mellon in Uebereinkimmung mit Hoover in einer neuerlichen Verminderung beider Steuern festes Gelasse.